

Dresdner Volkszeitung

Postkontos: Leipzig, Raden & Comp., Nr. 20612.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verkaufspreis: 10 Pf.

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren monatlich 2,75 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 8,25 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 12,00 M.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Bettendorferplatz 10, Tel. 25 261. Sprechstunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Bettendorferplatz 10, Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die 8 Spalten Nonpareilzeile 1,50 M., Familienanzeigen 1,00 M., die 8 Spalten Nonpareilzeile 4,00 M., einschließlich Inserentensteuer. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefwechselzahlung 20 Pf.

Nr. 71

Dresden, Freitag den 26. März 1920

31. Jahrg.

Rücktritt der Reichsregierung

Was wird mit Maercker?

Zu den in den Tagen der Radwehen des Berliner Staatsreichs umstrittenen Persönlichkeiten gehört vor allem der General Maercker, Befehlshaber des Reichsheeres IV, der seinen Sitz in Dresden hat. Ob er gegenwärtig noch Befehlshaber ist, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen; doch sind Entscheidungen darüber in der aller nächsten Zeit zu erwarten. Wohl deshalb sind die Streifen des Genannten jetzt eifrig bemüht, seine Stellung in den kritischen Tagen des Märzputches als einwandfrei und verfassungstreu zu schildern; von dem gleichen Eifer sind mehrere rechts gerichtete Organe besetzt — just solche, die es gern gesehen hätten, wenn der Putsch gelungen wäre. Das die Bemühungen auf jener Seite nicht geeignet sind, den General in verfassungstreuen Kreisen in ein besseres Licht zu rücken, versteht sich am Rande. Gewiß ist es nicht anständig, General Maercker mit Rühmwort oder einigen andern hochverehrten Offizieren auf eine Stufe zu stellen. Wir erkennen an, daß er bemüht gewesen ist, die Rapp-Regierung davon zu überzeugen, daß ihre Sache aussichtslos ist und sie auch eindrucklich erfuhr, daß das ganze Vorhaben schnellstens aufzugeben. Er läßt jetzt auch in den Leipziger Neuesten Nachrichten veröffentlichen, daß er nicht nach Berlin gegangen sei, um mit Rapp und Lüttich zu verhandeln, sondern nur um den Herren den Standpunkt der Regierung Ober-Fauser klarzumachen, der belangt habe. Mit Putschisten wird nicht verhandelt. Wegen einer Reise mit solcher Tendenz hätte die in Dresden anwesende Regierung nichts einzuwenden gehabt.

Wenn der General Maercker wirklich in diesem Glauben nach Berlin gefahren ist, haben offenbar gewichtige Zeitungen dabei abgewinkt. Ob auf mündliche Darstellungen hin die Reichsregierung oder einzelne Mitglieder von dieser eine solche Zustimmung gegeben haben, läßt sich nicht sagen. Sicher ist aber, daß diese Zustimmung auf jene Erklärung nicht erfolgt wäre, die General Maercker schriftlich an die sächsische Regierung über die Beweggründe seiner Berliner Reise und seine Absichten hat gelangen lassen. Darin kam offensichtlich zum Ausdruck, daß General Maercker zu dem Zweck nach Berlin reisen wollte, um mit der Rapp-Regierung zu verhandeln. Ja mehr, er nannte auch die Bedingungen, unter denen er sich von seinem Vorhaben nur einen Erfolg versprechen konnte.

Diese aber sahen den Argumenten bedenklich ähnlich, die nur wenig später in den Erklärungen der Deutschnationalen auftauchten. Ob die sächsische Regierung Maerckers Vorhaben mit der gebotenen Schärfe zurückgewiesen hat, müssen wir dahingestellt sein lassen; vielleicht war dazu auch keine Möglichkeit mehr. Doch es aber die Reichsregierung getan hätte, kann kaum zweifelhaft sein, wenn ihr die schriftlich niedergelegten Absichten über seine Reise vor die Augen gekommen wären.

Von diesem nicht zu bestreitenden Tatbestand aus betrachtet sehen die Maerckerischen Reiseabsichten doch ganz anders aus, als sie jetzt in dem erwähnten Leipziger Blatte auf Grund einer Unterredung mit dem General hingestellt werden. Es wird in diesen Auslassungen nun weiter geschildert, wie sich Maercker in Berlin verhalten habe und darüber auch folgendes gesagt:

Ich kann Ihnen unternehmen ein gutes Ende nicht prophezeien. Im Einvernehmen mit dem Reichsheergruppenkommando II (oberst im St. Herr Rapp und General Lüttich, auf, zurückzutreten) Montag vormittag 11 Uhr Übergang mit Rapp ein Schriftstück, das sieben Forderungen an die Reichsregierung enthält. Dieses Schriftstück habe ich, ohne es mit ihm zu besprechen, der Reichsregierung nach Stuttgart gebracht. Ich habe den bestimmten Eindruck, den auch andere nicht weniger mit mir teilten, daß meine Fahrt nach Berlin dazu beigetragen hat, die Verhandlungen des Rapp'schen Unternehmens erheblich zu beschleunigen.

Wenn das richtig wäre — und wir wollen nicht daran zweifeln — dann könnte man allerdings nicht sagen, daß der sächsische Reichsheergruppenkommandeur mit Rapp und Lüttich verhandelt hätte. Aber angesichts der Absichten, die er in Dresden der Regierung vor seiner Abreise schriftlich zugestiftet hat, muß man doch zu der Ansicht kommen, die Verhandlungen mit dem Ober-Fauser seien nur deshalb unterblieben, weil er in Berlin erst gesehen hat, daß ihre Sache aussichtslos ist oder bereits verloren war.

Wir würden aber auch angesichts dieser Vorgänge und Widersprüche den Stab nach nicht über den General werden, sondern sagen, man könnte es besonders im Hinblick auf seine früheren unbestreitbaren Verdienste aus weiter als Befehlshaber mit ihm versuchen, denn Verhandlungsabsichten allein können in jenen kritischen Stunden kaum als schweres Vergehen hingestellt werden, wenn auch gewisse begleitende Umstände recht bedenklich sind. Wenn wir heute dennoch entfallen der Ansicht Ausdruck geben müssen, daß General Maercker fernerhin als Reichsheerbefehlshaber für Sachsen unzulässig ist, so bestimmt uns dazu die schwankende Rolle, die er in den ersten entscheidenden Stunden des Berliner März-Putches gespielt hat.

Doch er in den ersten Vormittagsstunden mit einer Schwarzwaldtruppe Auslosung vor das Ministerialgebäude an, gefahren kam, wollen wir nicht besonders hoch anschlagen, nachdem er versucht hat, diese in kritischen Stunden doppelt auffällige Tatsache als harmlos hinzustellen; verschweigen möchten wir es aber nicht. Gewiß kann er sich geltend machen, daß er sich bereit erklärt hat, die Ordnung aufrecht zu erhalten und die sächsische Regierung und die Verfassung mit der Reichswehr zu schützen. Aber entscheidend fällt ins

Berlin, 26. März. (Eigene Drahtmeldung.) Das gesamte Kabinett ist zurückgetreten. Die für heute angesetzte Sitzung der Nationalversammlung ist abgefragt.

Gewiß, daß diese Jugendsünden gewissermaßen nur in der nach Lage der Sache offenkundigen Abtätigung abgegeben worden sind, einer bestimmten Antwort auf die Frage, ob er zur alten Regierung und gegen Rapp-Lüttich stehe, auszuweichen. Ausdrücklich hat er unser Wissen auf weiteres Zögern hin betont, daß er mehr nicht zugehen könne. Das ist doch alles andere als ein Bekenntnis zur Verfassungstreue. Von entscheidender Bedeutung ist aber auch, daß er sich geweigert hat, den ersten Aufruf der sächsischen Regierung gegen die Rapp-Regierung mit zu unterstützen. Dadurch ist unter Herbeizugung der verhängnisvollen Unklarheit über die Haltung der Reichswehr hervorgerufen worden.

Hätte General Maercker den Aufruf mit unterschrieben, dann wäre von den ersten Stunden an klar gewesen, daß er mit der Reichswehr treu zur verfassungsmäßigen Reichsregierung und gegen die Hochverräter einsteht, dann wäre höchstwahrscheinlich das Vorgehen am Montag vermieden worden, dann hätte man unter Umständen sogar für Dresden auf den einstigen Generalkommandeur verzichten können. Es geht aus diesem Sachverhalt doch zweifellos hervor, daß General Maercker in der ersten Zeit nach dem Berliner Hochverrat nicht nur bedenklich geschwankt, sondern sein Verhalten auch verhängnisvoll besonders für Dresden gewesen ist. Seine Haltung legt aber auch die Annahme nahe, daß er schließlich nach der anderen Seite abgewandert wäre, wenn der Putsch bessere Aussichten geboten hätte.

Vor solchen Feststellungen müssen alle Reimwortsuchungsversuche scheitern, er ermächtigt daraus konsequent die Erkenntnis, daß General Maercker für die Zukunft als Reichsheerbefehlshaber für Sachsen unzulässig ist, wenn nicht auf neue schwere Verurteilung in der Bevölkerung eingestrichen soll.

Eine neue Regierung für Preußen

Auf Grund des Aktionsprogramms der Unabhängigen, das in der Freiheit veröffentlicht worden ist, hatte die sozialdemokratische Fraktion der Landesversammlung beschlossen, die Abg. Graf, Limberg und Brandenburg zur Fraktion der Unabhängigen zu entsenden und mit ihr über die Bildung einer gemeinsamen Regierung zu unterhandeln. Die Fraktion der Unabhängigen hat jedoch durch die Abg. Dr. Rosenfeld und Stöcker erklären lassen, daß sie nur an einer

reinsocialistischen Regierung teilnehmen kann. Unter diesen Umständen ist der Versuch einer gemeinsamen Kabinettsbildung mit den Unabhängigen als gescheitert anzusehen.

Folgende der Weigerung der Unabhängigen muß es in Preußen beim Koalitionskabinetts bleiben, und für die für zuzustehenden Ministerien schlägt die sozialdemokratische Fraktion folgende Genossen vor:

- Präsident: Franz Krüger.
- Inneres: Ederling.
- Finanzen: Eidemann.
- Auswärtige: Otto Braun.
- Justiz: Gneuß.

Dazu kommen je zwei Demokraten und Zentrumsmitglieder.

Der Ministerialdirektor beim Reichspräsidenten Genosse Franz Krüger hat wegen politischer Meinungsverschiedenheiten mit dem Reichspräsidenten seinen Rücktritt nachgesucht, der ihm bewilligt worden ist.

Rapp in Dänemark

Seine Drahtmeldung. Kopenhagen, 26. März. Wie hiesige Blätter melden, sind Rapp und v. Falkenhayn am Dienstag früh auf dänischem Boden eingetroffen.

Die Entente-Truppen für das Ruhrgebiet?

(Eigene Drahtmeldung.) Paris, 26. März. Wie aus amerikanischen und englischen Quellen gemeldet wird, haben die Alliierten beschlossen, der deutschen Regierung zu erlauben, 100.000 Mann nach dem Ruhrgebiet zu entsenden, die, wenn es ihnen nicht gelingen sollte, die Ruhr wieder herzustellen, durch 80.000 belgische, französische und englische Truppen ersetzt werden sollen.

Frankfurt a. M., 25. März. Die Frankfurter Zeitung meldet aus Paris: Der Rat der Entente hat beschlossen, der Regierung des Deutschen Reiches die nachgesuchte Ermächtigung zu gewähren zur Entsendung von Truppen nach der neutralen Zone des rechten Rheinstromes, soweit dies zur Wiederherstellung der Ordnung im Ruhrrevier notwendig ist. Der französische Ministerpräsident Millerand hat namens der französischen, englischen und italienischen Regierung seinen Widerstand gegen die Verwendung größerer Truppenmassen in der Rheinzone fallen lassen. Er hat dabei besondere Bedingungen durchgesetzt in bezug auf räumliche und zeitliche Einschränkungen der anwesenden deutschen Truppen. Falls also das Ruhrgebiet bald wieder zur Ordnung zurückkehrt, dürfte man die Gefahr einer Belegung des Ruhrgebietes durch die Entente als beseitigt ansehen.

So geht es nicht weiter!

Der Vorwärts erhebt folgenden Vorwurf:

Eine Woche ist seit Rapps und Lüttich's Abgang schon verstrichen, aber das Volk wartet vergeblich darauf, daß nun endlich auch die Regierung Rapp-Lüttich aufhöre. Die gesamte Bevölkerung steht unter dem Eindruck, daß sich in Wirklichkeit seit dem Rücktritt Rapps kaum etwas verändert hat. Was ist eigentlich geschehen? Die Reichsminister sind aus Stuttgart zurückgekommen, sie haben sich beim Volke mit höflichen Worten für Liebe und Treue bedankt und im übrigen regiert das Militär ungehindert weiter, nur daß es sich jetzt rohe Uebergriffe und Willkürakte nicht mehr im Namen der Regierung Rapp-Lüttich erlaubt, sondern im Namen der rechtmäßigen Regierung, auf deren Boden „Ist und treu“ dieselben Herren Generale, Obersten und Majore angelangt sind, die in der Frühe des 13. März ihren Mannschaften trübselträchtige Ansprachen hielten von der herrlichen Zeit, die nun dank der munternden Rittwäger angebrochen sei.

Ueber die Rückkehr der rechtmäßigen Regierung hat man ganz und gar vergessen, die tatsächlichen Machtverhältnisse zu ändern und der wiederergründeten Regierung die Gewalt in die Hände zu legen, die sie vor dem 13. März entgiltigen war, oder sagen wir besser: die sie vor dem 13. März zu besitzen glaubte, aber, wie dieser Tag gezeigt hat, nicht besaß.

In einigen Stellen des Reiches haben die Kämpfe gegen Rapp und Lüttich einen tatsächlichen Umschwung der Macht erzeugt: so in Aiel, aus dem der meuternde General v. Levetzow verdrängt wurde, und wo die reaktionären Offiziere ihres Postens entbunden worden sind. In Danzig, wo die republikanische Seite, Leisewitz unter Major Meyn, Mitglied des Republikanischen Führerbundes, die meuternden Vahnenfelder Zeitungsverwilligen und die aus Stabs herangerückten Baltikamer zu Paris trieb. In Neudorf, wo die gleichfalls als organisierte Republikaner bekannten Offiziere Oberst Lang und Major Müller-Brandenburg die Sicherheitswehr kommandieren. In Westfalen, wo das Freikorps Lichtblau, das vor wenigen Wochen noch in Oberrhein an Positivisten Mord und Totschlag verübte, auf-

getrieben und der zweifelhafte General Watter in die Defensive gedrängt wurde. Aber an vielen Orten bemüht man sich schon um die Wende eines Kampfes gegen den Bolschewismus“ angeht die Partei der rechtmäßigen Regierung, in Wirklichkeit die Macht einer in jeder Beziehung unzulässigen Offiziersfraktion wieder aufzurichten.

Vor allen in Berlin ist in der vergangenen Woche noch so gut wie gar nichts zur Veränderung der tatsächlichen Machtverhältnisse geschehen. Die Bevölkerung erkennt es äußerlich daran, daß in den nächsten Quartieren, so in Berlin selber noch Truppen liegen, die ihren Heim mit dem antisemitisch-alkoholischen Abscheu des Sanktensens geschmückt haben, schwarz-weiß-rote Abzeichen führen usw.

Im Gegenteil, die militärische Position der Republik hat sich seit dem 13. März noch verschlechtert. In den Tagen der Rapp-Lüttich-Regierung haben die treuesten und besten Elemente der Reichs- und Sicherheitswehr den Dienst verweigert. Sie sind fast ausschließlich entlassen und aus ihren Dienststellen entfernt worden. Jetzt verweigern Rittwäger-Offiziere, die mit einer Schnelligkeit die Farbe wechseln, um die sie jedes Schamloskeits beneiden könnten, den treuegeblichen Leuten die Wiedereinstellung. So, einige heißen sogar die Treue, selber meidebige Schulte, die sie sind, Treuegebundene wegen „Tätigkeitslosigkeit“ in Haft zu nehmen. Mit noch nicht dagewesener Frechheit erklären die Meuterer: und Entdrücker, daß die Treuegebundenen sich gegen die geltenden Vorschriften verhalten hätten. Bezüglich anderer gemehrter Vertrauensleute der Berliner Sicherheitspolizei, denen die Wiedereinstellung verweigert wurde, erheben wir auf Rückfrage bei den vorgehenden Offizieren den schändlichen Vorwand, die Wahrgeltung erfolge nicht wegen der republikanischen Stimmung, sondern weil die beiden in einer gegen die Bestimmungen verstoßenen Form verhaftet hätten, eine Verhaftung der Mannschaften an veranlassen. Natürlich handelte es sich um eine Verhaftung in den kritischen Tagen, die den Zweck hatte, während die leitenden Stellen offen oder verdeckt zu Rapp und Lüttich hielten, die Treue der Sicherheitspolizei zu festigen.

er
amiede
preife
Walle
ergaffe
1 Mark
10 M.
LE
hne